

# 1. Erneut Streik in Griechenland

**Athen.** Aus Protest gegen geplante Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitssektor Griechenlands sind in Athen Lehrer, Ärzte und Schüler auf die Straße gegangen. Lehrer an öffentlichen Schulen legten im März ihre Arbeit nieder. An dem Streik beteiligten sich ebenso Krankenhausärzte, die den zweiten Tag in Folge nicht zur Arbeit erschienen. Die Demonstranten forderten unbefristete Arbeitsverhältnisse und protestierten gegen die geplante Zusammenlegung von Schulen und von Krankenhäusern. (dapd 31.3.2011)

Die Föderation der Sekundarstufenlehrer Griechenlands (OLME) schreibt (OLME website) [siehe unter: <http://www.griechenland-blog.gr/bildungswesen/> ]

## **Es gibt eine Lösung. Es gibt eine andere Politik!**

Die Hauptforderungen von OLME sind:

- Zurücknahme aller Einkommens- und Rentenkürzungen
- Keine Einschränkungen unserer Verhandlungsrechte
- Keine Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Sozialversicherungen  
Keine Zusammenlegung und Schließung von Schulen.  
Sofortige Anhebung der Bildungsausgaben auf mindestens 5% des Bruttosozialprodukts
- Sofortige Finanzhilfe für unsere Sozialversicherungsfonds

OLME hatte den folgenden Aktionsplan festgelegt:

1. Aufklärungskampagne über die Auswirkungen der Regierungs-EU-IWF Maßnahmen im Bildungsbereich auf die gesamte Bevölkerung.
2. Information der Lehrer über die Pläne des Bildungsministeriums
3. Einrichtung von freiwilligen Netzwerken zur Unterstützung der Schüler
4. Koordinierung der Vereinigungen von Lehrern und Eltern, um gemeinsam zu handeln bei der Verteidigung der sozialen Errungenschaften bei Bildung, Gesundheit und Sozialversicherung
5. Ein 48-Stunden-Streik am 22/23 Februar zusammen mit der Gewerkschaft der Primarstufenlehrer
6. Einberufung von Generalversammlungen zur Verstärkung der Mobilisierung

## **In einem Appell an die europäischen Gewerkschaften heißt es unter anderem:**

- Wir bitten um die Unterstützung aller Gewerkschaften Europas in unserem Kampf
- Wir schlagen die Organisierung von Widerstand in allen Ländern vor, denn die griechischen Arbeitnehmer sind die ersten, an denen ein Exempel statuiert werden soll
- Wir meinen, dass die europäischen Gewerkschaften einen pan-europäischen Tag des Widerstandes gegen das Stabilitätsprogramm organisieren sollten

## **Der vierte 48-Stunden-Generalstreik**

Griechenlands Gewerkschaften legten das Wirtschaftsleben weitgehend lahm.

„Zu dem am Dienstag begonnenen Ausstand, der bereits der vierte Generalstreik in diesem Jahr ist, haben die beiden Gewerkschaftsdachverbände im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft aufgerufen. Nach deren Angaben lag die Beteiligung gestern in

Schulen, Behörden, Banken, staatlichen Krankenhäusern und Großunternehmen zwischen 80 und 100 %.“ (Gewerkschaft Adedy (website) vom 28./29. Juni 2011).

### **Der DGB ist solidarisch**

Der Antrag „Europa aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreien“ wurde auf dem DGB-Bundeskongress nach kontroverser Debatte angenommen. Die Entscheidung fiel in einer Kampfabstimmung: „Die Finanzhilfen für kriselnde Euro-Staaten sind wie im Falle Griechenlands an harte und nicht hinnehmbare Auflagen geknüpft. Wieder müssen Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner mit Lohnkürzungen, Einschnitten bei Renten und Sozialleistungen sowie einer Anhebung der Mehrwertsteuer die Zeche für die Krise zahlen. Dies hätte für die Volkswirtschaften und ihre Bevölkerung katastrophale Folgen: Wachstum und Steuereinnahmen würden sinken, Arbeitslosigkeit und Schulden würden weiter steigen. Die Eurozone droht zu einer Deflationsgemeinschaft (einer Spirale nach unten, d.Verf.) zu degenerieren. Deswegen solidarisieren wir uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen in diesen Ländern. Wir unterstützen ihren Kampf gegen eine falsche Politik.“(Beschluss des 19.DGB-Bundeskongresses im Mai 2010, <http://wiki-gute-arbeit.de>)

### **SPD übt keinerlei Solidarität**

Angesichts der Streiks in Griechenland hat Frank-Walter Steinmeier die Griechen gedrängt, das vorgegebene Konsolidierungsprogramm umzusetzen. (...) Ein Rettungspaket der Europäer schloss Steinmeier aus. (Handelsblatt vom 25.2.2010).

In der Sache selbst stand und steht die SPD also fest hinter der rigorosen Politik des Sozialabbaus von EU-Kommission und IWF. Mit der strikten Ablehnung von Finanzhilfen wollte und konnte die SPD die von den Medien in ihrer Missgunst gegenüber Griechenland bestärkten und sich vor einer Transferunion fürchtenden Menschen ansprechen.

## 2. Frankreich

„Tenez bon, nous sommes à vos côtés!”

“Vous criez le mal commun de tous les travailleurs du monde”

Messages de soutien .../

Vendredi, 22 octobre 2010

„Bleibt standhaft, wir sind an eurer Seite!“

„Ihr gebt dem allen ArbeiterInnen der Welt gemeinsamen Leid/Übel eine unüberhörbare Stimme“

Solidaritätsadressen .../

Freitag, den 22.Oktober 2010

Es folgt eine unendliche Liste von Solidaritätsadressen aus aller Welt (Europäischer Gewerkschaftsbund, DGB, CGIL Italien, SEIU (USA) usw)

Am 9.September 2010 wurde ein offener Brief der 7 Gewerkschaften (CGT, CFDT, CFTC, CFE-CGC, UNSA, FSU und Solidaires) an den Präsidenten der Republik, den Premierminister, die Mitglieder der Regierung, die Deputierten und die Senatoren geschickt. Darin heißt es u.a.:

„Die Lohnempfänger sind am 7.September 2010 dem Mobilisierungsaufwurf der Gewerkschaften in einem außergewöhnlichen Maße nachgekommen. Der ungerechte und untaugliche Charakter der Rentenreform, die im Augenblick im Parlament trotz unserer Proteste diskutiert wird, liegt dem gegenwärtigen Konflikt zugrunde. Diese Reform wird die soziale Ungleichheit vertiefen, ohne eine Antwort auf die langfristigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu geben. Ihre Verhaltensweise gegenüber den Gewerkschaften hat hauptsächlich darin bestanden, sie zwar zu empfangen, ihnen aber niemals wirklich zuzuhören. Das hat zu einem Anwachsen der Spannungen geführt. Die Erhöhung des Rentenalters bei gleichzeitiger Verlängerung der Pflichtjahre sowie eine drastische Erhöhung der Beitragssätze für Staatsangestellte bei gleichzeitigem Einfrieren der Gehälter wird die Lohnempfänger schwer treffen, (...)

Insgesamt bürdet das neue Rentengesetz die Lasten einseitig den Lohnempfängern auf, löst aber weder das Arbeitslosenproblem, insbesondere die Jugend- und Altersarbeitslosigkeit, noch das Problem wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit und schon gar nicht den Finanzierungsbedarf. Die Lohnempfänger sollen die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise bezahlen, obwohl sie dafür nicht verantwortlich sind. Diese Reform ist deshalb nicht zu akzeptieren.

Aus diesem Grund und im Namen der Lohnempfänger fordern wir Sie mit allem Nachdruck auf, den Standpunkt der Gewerkschaften anzuhören mit der Perspektive gerechte und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Dauerhaftigkeit des Rentensystems zu gewährleisten.“

Unterschriften der Generalsekretäre der Gewerkschaften (website: [www.ferc.cgt.fr](http://www.ferc.cgt.fr))

Die französischen (Richtungs-)Gewerkschaften hatten sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, um die Rentenreform zu stoppen. Mit

einbezogen in das Bündnis waren die Parteien der Linken und Schüler- und Studentenorganisationen, die erkannt hatten, dass es auch um ihre Zukunft ging. Es gab vielfältige Aktionen und zentrale und dezentrale Demonstrationen und Streiks. Das „gemeine Volk“ war auf den Straßen und in Bewegung. Insbesondere wurde versucht, die Öl-/Benzinversorgung des Landes durch Streiks und Barrikaden lahm zu legen bzw zu beeinträchtigen. Es gab zahlreiche Engpässe, auch Schließungen von Tankstellen. Die Barrikaden wurden mit Hinweis auf Notstand von Einsatzkommandos der speziell ausgebildeten Bereitschaftspolizei (CRS= Compagnie Républicaine de Sécurité) beseitigt. Das in der Mehrheit liberal/konservative Parlament unterstützte die Politik der Regierung Sarkozy und hat sich - trotz des immensen öffentlichen Drucks - nicht von seinen Plänen abbringen lassen.

Mit der Durchsetzung der Rentenreform hat die französische Regierung die an eine Wirtschaftsregierung der Euro-Zone geknüpfte Forderung nach einer europäisch abgestimmten Lohnpolitik und nach einem Abbau des hohen, andere Volkswirtschaften an den Rand drängenden deutschen Exportüberschusses aufgegeben. Die FAZ schrieb am 17.12.2010:

„In Frankreich wächst das Verständnis für das Machbare - gerade im Blick auf Deutschland. (...) Deutschland kann auch nicht von seinem exportorientierten Wirtschaftsmodell abgebracht werden. Die französische Grundsatzkritik daran erwies sich als Sackgasse und wird jetzt aus Regierungsmunde nicht mehr wiederholt.“

Die französische Regierung ist - gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften und den Parteien der Linken - auf die deutsche neoliberale Linie eingeschwenkt. Das bedeutet, dass auch in Frankreich die „Schuldenbremse“ - wie vieles andere ein deutsches (Politik-) Exportprodukt - zur Herstellung von „Haushaltsdisziplin auf nationaler und subnationaler Ebene“ (z.B. im Bildungsbereich) angewendet wird. Dagegen versuchen sich die im Bildungsbereich Arbeitenden mit verschiedenen Aktionen weiterhin zu wehren.

## **3. United Kingdom**

### **(England, Wales, Scotland, Northern Ireland)**

Die konservativ/liberale Regierung unter Cameron geht den von M.Thatcher und Tony Blair (New Labour) eingeschlagenen neoliberalen Weg weiter. Das bedeutet weiteren Sozialabbau mit der Konsequenz von wachsender Armut, besonders Altersarmut. Das britische Kapital hat, ähnlich wie das griechische, wenig in die nationale Produktion investiert mit dem Resultat, dass weite Bereiche deindustrialisiert sind. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sollen nach neoliberaler Art (Sozialabbau, Lohnkürzungen, Privatisierungen) auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden. In Großbritannien mussten sich die Gewerkschaften nach der langen Regierungszeit von Labour (Blair/Brown) erst zu einer unabhängigen und kämpferischen Haltung gegenüber der Regierung Cameron durchringen.

Zumal von der Labour Party kaum Unterstützung kommt. Gegen das gewaltige Kürzungspaket der Regierung haben sich die britischen Arbeitnehmer inzwischen mobilisiert und organisiert zur Wehr gesetzt.

Der Gewerkschaftsdachverband Trades Union Congress (TUC) rief auf:  
“TUC March For The Alternative, Saturday 26 March 2011, 11.00am Embarkment to Hyde Park

Motto: CUTS ARE NOT THE CURE (Kürzungen sind kein Heilmittel)

Die Kürzungen werden die öffentliche Versorgung gefährden und mehr als 1 Million Arbeitslose produzieren. Sie werden die sozial Schwachen treffen, die Gemeinden schädigen und all das, was uns als Gesellschaft zusammenhält, unterminieren.

Der TUC –Demonstrationsmarsch hat zwei Hauptziele:

- wir möchten all jenen, die von den Kürzungen betroffen sind, eine nationale Stimme geben.
- wir wollen beweisen, dass die Menschen das Argument, es gäbe keine Alternative, mit aller Macht zurückweisen.“

### **SATURDAY 26 MARCH 2011 – ONE AMAZING DAY**

#### **Eine halbe Million Menschen demonstrierten gegen die Kürzungspläne der Regierung**

Die riesige Teilnehmerzahl aus Gewerkschaften und Gemeindeverbänden, die aus allen Teilen des Landes sogar so weit entfernt wie Aberdeen angereist war, verursachte einen dicht gedrängten, über 5 Stunden andauernden Demonstrationenzug von Blackfriars zum Hyde Park - eine wahrlich bemerkenswerte Demonstration des Willens zur Alternative. „Make the bankers pay“ (Lasst die Banker bezahlen) T-Shirt-Aufschrift eines Streikpostens vor dem Justizministerium in Manchester. Insgesamt sollen 2,8 Mrd Pfund aus dem Rentensystem genommen und in die Hände der großen britischen Banken verschoben werden.

#### **PENSIONS STRIKE**

Hunderttausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben am Donnerstag, den 30.Juni 2011 in Großbritannien ihre Arbeit aus Protest gegen die geplante Rentenreform niedergelegt. Nach Gewerkschaftsangaben blieben 80% der Schulen im ganzen Land und 75% der Universitäten geschlossen. Auch Arbeitsämter und Gerichte waren von dem 24stündigen Ausstand betroffen. Die vier Gewerkschaften, die zum Arbeitskampf aufgerufen hatten, zählten 750 000 Teilnehmer, die dezentral in allen Regionen des Landes

„mit ihren Füßen abgestimmt haben und eine klare Botschaft an die Regierung geschickt haben: Wir werden die Attacken auf unsere hart erarbeiteten Renten nicht tolerieren.“ (Mark Serwotka, Generalsekretär der Public and Commercial Services Union) in *The Independent*).

## **Beispiele aus einer Vielzahl von Städten und Gemeinden:**

### **Birmingham:**

“If the Government choose to cut our pensions, we will choose to fight back” so NUT (National Union of Teachers) Deputy General Secretary Kevin Courtney in Birmingham. “Wir stehen am Anfang von einer Bewegung, die die Regierung zum Umdenken zwingen wird.”

### **Norwich:**

Hier drückte eine Elternvertreterin die Botschaft aus, die von allen geteilt wird: „Unsere Lehrer(innen) und Kollegen/innen im öffentlichen Dienst haben hart gearbeitet und voller Vertrauen in ihre Rentenkassen eingezahlt und jetzt müssen sie feststellen, dass die Regierung ihnen mit ihren Kürzungen den Teppich unter den Füßen wegzieht ohne irgendeine Möglichkeit, die Kürzungen auszugleichen.“

### **York:**

In York war die Botschaft klar: „We are not prepared to pay more and work longer, only to get less in our retirement“ (Wir sind nicht bereit mehr einzuzahlen und länger zu arbeiten, um dann auch noch weniger Rente zu bekommen). Das ist der „triple whammy“ (der dreifache Tiefschlag).

Die von der liberal-konservativen Regierung geplante Rentenreform sieht unter anderem eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit vor. Künftig sollen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nicht mehr bis zum 65., sondern bis zum 68. Lebensjahr arbeiten. Gleichzeitig ist geplant, den Rentenbeitrag der Beschäftigten um bis zu 50% zu erhöhen, während der Arbeitgeberanteil gesenkt werden soll. Zudem könnte es empfindliche Pensionskürzungen durch eine andere Berechnungsgrundlage geben. Gewerkschaften befürchten, dass sich die bereits grassierende Altersarmut durch die Reform noch verschärfen könnte.

Die Gewerkschaft National Union of Teachers (NUT) hat eine neue Urabstimmung geplant, um von ihren Mitgliedern ein Mandat für „andauernde betriebliche Kampfmaßnahmen“ zur Verteidigung der Renten zu erhalten. Und das National Shop Stewards Network (NSSN), ein landesweiter Zusammenschluss betrieblicher Interessenvertreter, plant mit einer Demonstration während des Bundeskongresses des Gewerkschaftlichsdachverbandes TUC, diesen dazu zu bewegen, im Herbst einen Generalstreik im öffentlichen Dienst auszurufen.

Nach Meinung des NSSN ist dieser nötig, da schon der nächste Angriff droht. Denn genau wie an ihrer Rentenreform hält die Regierung Cameron auch an der Abwicklung (Privatisierung) des steuerfinanzierten staatlichen Gesundheitssystem (NHS) fest.

Auch bei den Eisenbahnen soll gekürzt werden. Nach diversen Zugunglücken wurde die Schieneninfrastrukturgesellschaft Network Rail gerade erst wieder unter staatliche Kontrolle gestellt, nun soll sie zerschlagen und ein zweites Mal privatisiert werden. Das öffentliche Transportbudget wird um 30% gekürzt, was zu massivem Stellenabbau bei privaten Bahngesellschaften führen wird. Die Transportarbeitergewerkschaft RMT droht Kampfmaßnahmen dagegen an:

RMT-Generalsekretär Bob Crow: „Wir werden unsere Kampagne mit Lehrern, Pflegekräften, Staatsangestellten und allen anderen, die dieses Land am Laufen halten, zukünftig abstimmen. Dazu gehören auch weitere Streiks.“ (RMT website)